

A. Einsetzung, Arbeitsauftrag, Verfahren und Beratungsverlauf

I. Entstehung der Kommission

1. Ausgangslage nach dem Abschluß der Arbeit der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ der 12. Wahlperiode

Die Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ der 12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages hat in ihrem Schlußbericht vom 31. Mai 1994 zum Prozeß der Aufarbeitung der SED-Diktatur unter anderem festgestellt: „Es steht außer Zweifel, daß die Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit und die Auseinandersetzung mit den Folgen der SED-Herrschaft noch immer in den Anfängen stecken, die begonnene Arbeit also angemessen weitergeführt werden sollte. Außerdem ist zu beachten, daß es bereits Ansätze zur Verdrängung historischer Erfahrungen bis hin zur Legendenbildung gibt. Solchen Tendenzen in der öffentlichen Meinung kann nur durch die weitere intensive Auseinandersetzung mit der Vergangenheit begegnet werden [...] Eine Aufarbeitung, die die Realitäten aufdeckt, die Verantwortlichkeiten benennt und so den Erfahrungen der Menschen gerecht wird, ist entscheidend für eine demokratische politische Kultur in Deutschland. Wenn die Politik den Rang dieser Aufgabe zur Geltung bringen will, sollte sie sich aus dieser Erinnerungsarbeit nicht zurückziehen“ (Bundestagsdrucksache 12/7820, S. 280; auch in: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), hrsg. vom Deutschen Bundestag, 18 Bände, Baden-Baden/Frankfurt am Main 1995 – im folgenden zitiert: Materialien –, Band I, S. 740 f.).

Die Enquete-Kommission der 12. Wahlperiode hat damit unmißverständlich die Fortführung des Aufarbeitungsprozesses als eine Aufgabe auch der Politik angesehen und damit eine weitere Befassung des Parlaments als des obersten, unmittelbar demokratisch legitimierten Verfassungs- und politischen Führungsorgans mit dieser Thematik nahegelegt.

2. Anträge und Ausschlußberatungen

2.1 An diese Bewertung haben die Fraktionen in der 13. Wahlperiode des Deutschen Bundestages mit zwei hinsichtlich des Arbeitsauftrages verschiedenen, in wesentlichen Zielsetzungen jedoch gleichgerichteten und zum großen Teil sogar textidentischen Anträgen vom 31. Mai 1995 angeknüpft.

Die Fraktionen von CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P. haben die Einsetzung einer Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“ beantragt (Bundestagsdrucksache 13/1535). Sie soll sich gemäß dem Antrag aus –von den Fraktionen nach

ihrem Stärkeverhältnis zu benennenden (CDU/CSU: je 5; SPD: je 4; BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: je 1; F.D.P.: je 1) – elf Mitgliedern des Bundestages und elf nicht dem Bundestag angehörenden Sachverständigen zusammensetzen. Die Gruppe der PDS soll durch ein nicht stimmberechtigtes Mitglied des Bundestages und einen nicht stimmberechtigten Sachverständigen mitwirken. Für jedes Mitglied des Bundestages soll ein Stellvertreter benannt werden können.

Die Fraktion der SPD hat die Einsetzung einer Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur und der unterschiedlichen Entwicklungen in Ost- und Westdeutschland im Prozeß der deutschen Einheit“ beantragt (Bundestagsdrucksache 13/1537).

2.2 Der Deutsche Bundestag hat beide Anträge in seiner 41. Sitzung am 1. Juni 1995 an den Ausschuß für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung überwiesen.

2.3 In den Beratungen dieses Ausschusses hat die Fraktion der SPD mitgeteilt, daß sie ihren Antrag auf Drucksache 13/1537 als erledigt ansehe. Sie befürworte nachdrücklich die Einsetzung einer Enquete-Kommission, habe aber von denen des Antrages auf Drucksache 13/1535 abweichende Vorstellungen zum Arbeitsauftrag. Zwei Enquete-Kommissionen zum gleichen Themenbereich seien jedoch zu vermeiden. Der Ausschuß hat deshalb zu dem Antrag der Fraktion der SPD auf Drucksache 13/1537 keinen Beschluß gefaßt.

Der Ausschuß für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung hat in seiner Sitzung am 22. Juni 1995 mit Mehrheit beschlossen, dem Deutschen Bundestag die Annahme des Antrages der Fraktionen von CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P. auf Drucksache 13/1535 zu empfehlen (Bundestagsdrucksache 13/1762).

2.4 Die Gruppe der PDS hat am 1. Juni 1995 (Bundestagsdrucksache 13/1615) abweichend von den Fraktionen beantragt, statt einer erneuten Enquete-Kommission eine Experten-Kommission zu berufen, die als unabhängig konstituiertes Gremium Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus Ost und West sowie verschiedener Disziplinen und Institutionen vereinen soll. Eine Enquete-Kommission könne zwar partiell zu richtigen Einsichten gelangen, sei aber aufgrund ihrer parteipolitischen Bestimmtheit ungeeignet, den notwendigen Beitrag zur vorurteilslosen Aufarbeitung der Geschichte zu leisten.

3. Einsetzung der Enquete-Kommission

3.1 Der Deutsche Bundestag hat in seiner 44. Sitzung am 22. Juni 1995 über die Beschlußempfehlung des Ausschusses für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung auf Drucksache 13/1762 und den Antrag der Gruppe der PDS auf Drucksache 13/1615 beraten.

Zu der Beschlußempfehlung hat die Gruppe der PDS einen Änderungsantrag (Bundestagsdrucksache 13/1763) eingebracht. Darin fordert sie eine andere Zusammensetzung der Enquete-Kommission. So soll sie sich aus – statt 11 – 17 stimmberechtigten Mitgliedern des Bundestages (einschließlich der Möglichkeit, je einen Stellvertreter zu benennen) und 17 stimmberechtigten nicht dem Bundestag angehörenden Sachverständigen nach dem Verhältnis jeweils von 8 (CDU/CSU) : 6 (SPD) : 1 (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) : 1 (F.D.P.) : 1 (PDS) zusammensetzen. Hilfsweise dazu hat die PDS die Besetzung mit 16 Mitgliedern des Bundestages und 11 nicht dem Bundestag angehörenden Sachverständigen beantragt, wobei ebenfalls der PDS das Recht zur Benennung je eines stimmberechtigten Vertreters aus beiden Gruppen zustehen soll.

An der Aussprache (Plenarprotokoll 13/3527–3541) haben sich die Abgeordneten Rainer Eppelmann (CDU/CSU), Wolfgang Thierse (SPD), Gerd Poppe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Prof. Dr. Rainer Ortleb (F.D.P.), Dr. Ludwig Elm (PDS), Hartmut Koschyk (CDU/CSU) und Markus Meckel (SPD) sowie – mit einer Kurzintervention – Stefan Heym (PDS) und – mit einer Erklärung zur Abstimmung – Gerald Häfner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) beteiligt.

3.2 Der Änderungsantrag der Gruppe der PDS auf Drucksache 13/1763 ist hinsichtlich beider Varianten mit den Stimmen von CDU/CSU, SPD und F.D.P. gegen die Stimmen der PDS bei Enthaltung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt worden. Der Antrag der Gruppe der PDS auf Drucksache 13/1615 ist gegen ihre Stimmen mit den Stimmen aller Fraktionen abgelehnt worden.

3.3 Die Beschlußempfehlung des Ausschusses für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung auf Drucksache 13/1762 ist mit den Stimmen der CDU/CSU, von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der F.D.P. und zwei Stimmen aus der SPD bei Enthaltung der Mehrheit der SPD und vereinzelter Gegenstimmen aus der PDS angenommen worden. Damit hat der Deutsche Bundestag am 22. Juni 1995 die Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“ mit den in den Drucksachen 13/1535 und 13/1762 dargestellten Zusammensetzung, Zielrichtungen, Aufgabenstellungen und Verfahrensvorgaben eingesetzt.

II. Arbeitsauftrag

Der vom Deutschen Bundestag angenommene Antrag auf Einsetzung der Enquete-Kommission auf Drucksache 13/1535 hat folgenden Wortlaut:

„Antrag der Fraktionen CDU/CSU, Bündnis 90/Die Grünen und F.D.P.

Einsetzung einer Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag setzt gemäß § 56 seiner Geschäftsordnung die Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“ ein.

Der Kommission gehören elf Mitglieder des Bundestages und elf Sachverständige an.

Die Fraktion der CDU/CSU benennt fünf Mitglieder und fünf Sachverständige, die Fraktion der SPD vier Mitglieder und vier Sachverständige, die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Fraktion der F.D.P. je ein Mitglied und je einen Sachverständigen. Zusätzlich kann die Gruppe der PDS durch ein nicht stimmberechtigtes Mitglied und einen nicht stimmberechtigten Sachverständigen mitwirken.

Für jedes Mitglied des Bundestages kann ein Stellvertreter benannt werden.

Die Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ hat in der 12. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages grundlegende Beiträge zur politischen, historischen und moralischen Bewertung der zweiten Diktatur auf deutschem Boden geleistet. Sie hat sich große Verdienste um die gesellschaftliche Aufarbeitung von vier Jahrzehnten DDR-Vergangenheit erworben und wird ein wichtiges Zeugnis dafür bleiben, wie sich der Deutsche Bundestag und die politische Öffentlichkeit in den ersten Jahren nach der Vereinigung dieser Herausforderung gestellt haben. Die Mitwirkung der Enquete-Kommission am Prozeß der inneren Einigung Deutschlands hat – im In- und Ausland – eine starke öffentliche Beachtung gefunden und ein vielfältiges Echo ausgelöst.

Als grundlegende Erkenntnisse der Enquete-Kommission sind festzuhalten:

- Die Vollendung der inneren Einheit Deutschlands und die Bewältigung der materiellen und immateriellen Folgeschäden der SED-Diktatur bleiben herausragende Aufgaben der nächsten Jahre. Die Geschichte der DDR mit all ihren Belastungen ist Teil der gesamtdeutschen Geschichte.
- Der SED-Staat war eine Diktatur. Er war dies nicht nur durch politische Fehlentwicklung und Machtmißbrauch, sondern schon von seinen historischen und ideologischen Grundlagen her. Die Verletzung individueller und politischer Menschenrechte war systembedingt und wurde durch individuelle Willkür nur noch verstärkt.
- Die Hauptverantwortung für das Unrecht, das von diesem System begangen wurde, trägt die SED, die die „führende Rolle“ in Staat, Justiz, Wirtschaft, Gesellschaft, Bildung, Kultur und Wissenschaft beanspruchte und mit allen Mitteln durchsetzte. Das menschliche Leid, das aus Unterdrückung, Verweigerung von Menschenrechten und erzwungenem Verzicht auf persönliche Entfaltung erwuchs, ist in der Hauptsache der Führung der SED anzulasten. Mitverantwortung tragen auch die Verantwortlichen der anderen Blockparteien und der Massenorganisationen.

-
- Die politisch-moralische Verurteilung der SED-Diktatur bedeutet keine Verurteilung der ihr unterworfenen Menschen, im Gegenteil. Die Deutschen in der DDR haben den schwereren Teil der deutschen Nachkriegsgeschichte zu tragen gehabt.
 - Mit dem Sturz der SED-Diktatur im Herbst 1989 haben die Ostdeutschen wesentlich dazu beigetragen, daß sich heute in Gesamtdeutschland ein breit anerkannter antitotalitärer Konsens durchgesetzt hat, der zu den wichtigsten Grundlagen der Demokratie gehört. Das Credo demokratischer Politik nach 1945 „Nie wieder Krieg von deutschem Boden, nie wieder Diktatur auf deutschem Boden!“ bleibt bestehen. Dies bedeutet die Absage an jedwede Form totalitärer Ideologien, Programme, Parteien und Bewegungen.

Auf der Grundlage dieser Einsichten und Erkenntnisse ist die weitere Aufarbeitung von Geschichte, Folgen und aktuellen Nachwirkungen der SED-Diktatur von besonderer politischer Wichtigkeit. Der Transformationsprozeß muß sich den daraus erwachsenden Problemen stellen. Der Deutsche Bundestag betrachtet es daher als notwendig, an die Arbeit der vorherigen Enquete-Kommission anzuknüpfen und sie mit neuen Schwerpunktsetzungen fortzuführen. Die Aufarbeitung der SED-Diktatur ist ein gesamtgesellschaftlicher Prozeß. Die einzusetzende Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“ hat den Auftrag, Parlament und Regierung politische Handlungsempfehlungen für den Umgang mit Folgen und Hinterlassenschaft dieser Geschichte zu geben.

Die Enquete-Kommission hat die folgenden Aufgaben:

1. Sie soll, aufbauend auf den Ergebnissen der Vorgängerkommission, Beiträge zu einer politisch-historischen Analyse und einer politisch-moralischen Bewertung der SED-Diktatur leisten, den gesamtgesellschaftlichen Aufarbeitungsprozeß fördern und für die Zukunft Vorschläge für seine Weiterführung machen. Dabei wird zu prüfen sein, ob dafür nicht auch zusätzliche institutionelle Mittel, z. B. im Rahmen einer Stiftung, zu schaffen sind. Das Erkenntnisinteresse der Kommission richtet sich insbesondere auf die äußeren und inneren Folgen und Nachwirkungen der SED-Diktatur und die daraus erwachsenden Probleme für den Prozeß der inneren Einigung.
2. Die Enquete-Kommission soll zur Festigung des demokratischen Selbstbewußtseins, des freiheitlichen Rechtsempfindens und des antitotalitären Konsenses in Deutschland beitragen und allen Tendenzen zur Verharmlosung und Rechtfertigung von Diktaturen entgegenwirken. Dafür ist die Entwicklung gesamtdeutscher Formen der Erinnerung an die beiden deutschen Diktaturen und deren Opfer wichtig. Die Erinnerung an die Opfer von Unrecht und Gewalt, an Widerstand und Mut in den Diktaturen sowie den Prozeß der Ablösung der SED-Herrschaft 1989 soll für das öffentliche Bewußtsein und die nationale Kultur wachgehalten werden. Gleichzeitig müssen die seinerzeit in beiden deutschen Staaten entwickelten unterschiedlichen

Formen und Inhalte der Würdigung des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus sowie die Instrumentalisierung des Antifaschismus als Legitimationsideologie in der SBZ/DDR bedacht werden. In diesem Zusammenhang soll die Kommission unter Berücksichtigung der bestehenden Bund-Länder-Absprachen Vorschläge zu einer umfassenden Gedenkstättenkonzeption unterbreiten.

3. Die Enquete-Kommission soll helfen, daß sich die Menschen mit ihren unterschiedlichen Biographien im Einigungsprozeß besser wiederfinden. Damit soll sie zur Versöhnung in der Gesellschaft beitragen, begründet auf dem Willen zu Offenheit, zu historischer Wahrheit und zu gegenseitigem Verständnis.

Die personelle Würde der von Unrecht und Leid Betroffenen muß wiederhergestellt werden. Dazu gehört sowohl die öffentliche Würdigung der Opfer wie die Notwendigkeit, ihnen, wo irgend möglich, nachträglich Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. So wird Gegenstand der Enquete-Kommission sein zu prüfen, inwiefern heute in diesen Fragen aus der Sicht der Opfer Defizite bestehen, und wie dem durch die Gesetzgebung abgeholfen werden kann.

Ferner ist zu prüfen, ob und inwiefern es heute noch einen politischen Handlungsbedarf in der Frage gibt, wie mit den Verantwortlichen des Systems und ihren Helfern umgegangen werden soll. In diesem Zusammenhang wird sich die Kommission auch den Problemen der justitiellen Aufarbeitung der SED-Diktatur zuwenden.

4. Die Enquete-Kommission greift aktuelle anstehende Fragen auf und erarbeitet politische Handlungsempfehlungen. Sie wird bei ihrer Tätigkeit Schwerpunkte setzen müssen. Sie soll sich exemplarisch solchen gesellschaftlichen Problemfeldern zuwenden, in denen vor dem Hintergrund von 40 Jahren SED-Diktatur und deutscher Teilung heute konkretes politisches Handeln besonders nötig erscheint. Dazu gehören die Würdigung von Leistungen der Menschen unter den repressiven Bedingungen in der DDR ebenso wie der Ausgleich von Nachteilen und die Herstellung von Chancengleichheit im vereinten Deutschland.

Die Kommission widmet sich insbesondere folgenden Themenfeldern, wobei den ideologischen Grundlagen und den repressiven Strukturen besondere Beachtung zuteil werden soll.

A. Bildung, Wissenschaft, Kultur

- Ziele und Methoden des ideologischen Einflusses der SED.
- Militarisierung der Gesellschaft und Bedeutung von Feindbildern.

-
- Folgen der Durchdringung dieser Bereiche durch das Ministerium für Staatssicherheit.
 - Möglichkeiten der Gestaltung von Lebensräumen unter dieser und trotz dieser Beeinflussung.
 - Fortwirkung von Strukturen und Inhalten des Erziehungswesens, der Jugendpolitik sowie in Wissenschaft, Kunst und Kultur in der DDR sowie ihre Bewertung im Transformationsprozeß.
 - Welche Herausforderungen ergeben sich aus der Bilanz für die heutige Politik in diesen Bereichen?

B. Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik

- Strukturen der sozialistischen Planwirtschaft und deren Bilanz am Ende der 80er Jahre.
- Sozialpolitik und soziale Situation in der DDR: Anspruch und Wirklichkeit.
- Umweltbilanz der SED-Diktatur.
- Die außenwirtschaftlichen Beziehungen der DDR.
- Folgerungen für den wirtschaftlichen Transformationsprozeß.

C. Das geteilte Deutschland im geteilten Europa

- Die Einbindung der beiden deutschen Staaten in die beiden Blöcke und die Frage nach der Möglichkeit selbständiger politischer Entscheidungen in der DDR und in der Bundesrepublik Deutschland.
- Die Westarbeit der SED und des Ministeriums für Staatssicherheit.
- Die Ostpolitik der Bundesrepublik und der Parteien.
- Die wirtschaftlichen und finanziellen Ost-West-Beziehungen.
- Die gesellschaftlichen, wissenschaftlichen und kulturellen Ost-West-Kontakte.
- Verfolgung von Andersdenkenden in der SBZ/DDR.
- Die Bedeutung der Menschenrechte für die internationale Politik.
- Welche Folgerungen ergeben sich für die Politik des vereinten Deutschlands gegenüber Gesamteuropa und im Umgang mit diktatorischen Regimes?

Zur Arbeitsweise der Kommission:

Die Enquete-Kommission bedient sich vorwiegend des gleichen Instrumentariums wie die Vorgängerkommission (Expertisen, Vorträge, Anhörungen).

Der Deutsche Bundestag erwartet, daß die Bundesregierung, vertreten durch die betroffenen Fachministerien sowie insbesondere das Bundesministerium des Innern, die Arbeit der Enquete-Kommission begleitet und unterstützt.

Die Kommission wird ihren Bericht rechtzeitig vor Ablauf der Wahlperiode vorlegen und dafür Sorge tragen, daß geeignete Teile des Berichts oder entsprechende Zwischenberichte in der Arbeit der Fachausschüsse berücksichtigt werden können.

Der Deutsche Bundestag wird dafür Sorge tragen, daß die Materialien der Kommission (Bericht, Expertisen, Anhörungsprotokolle) vor Ablauf der Wahlperiode in angemessener Form einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

Bonn, den 30. Mai 1995

Dr. Wolfgang Schäuble, Michael Glos und Fraktion

Joseph Fischer (Frankfurt), Kerstin Müller (Köln) und Fraktion

Dr. Hermann Otto Solms und Fraktion“

III. Konstituierung und Zusammensetzung der Kommission

1. Konstituierung

Die Präsidentin des Deutschen Bundestages hat die Enquete-Kommission am 30. Juni 1995 konstituiert. Die Kommission hat einstimmig den Abgeordneten Rainer Eppelmann (CDU/CSU) zum Vorsitzenden und den Abgeordneten Siegfried Vergin (SPD) zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt.

2. Zusammensetzung

Abgeordnete:

CDU/CSU:

ordentliche Mitglieder:

Hartmut Büttner (Schönebeck)

Rainer Eppelmann – Vorsitzender –

Hartmut Koschyk – Obmann –

Werner Kuhn
Johannes Selle

stellvertretende Mitglieder:

Monika Brudlewsky
Wolfgang Dehnel
Dr.-Ing. Rainer Jork
Walter Link (Diepholz)
Reinhard Frh. von Schorlemer

SPD:

ordentliche Mitglieder:

Iris Gleicke
Stephan Hilsberg
Markus Meckel – Obmann –
Siegfried Vergin – stellvertretender Vorsitzender –

stellvertretende Mitglieder:

Tilo Braune
Reinhold Hiller (Lübeck) (seit 23. September 1996)
Nicolette Kressl (bis 22. September 1996)
Christine Kurzhals (bis 4. Mai 1998 †)
Jörg-Otto Spiller

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

ordentliches Mitglied:

Gerd Poppe – Obmann –

stellvertretendes Mitglied:

Gerald Häfner

F.D.P.:

ordentliches Mitglied:

Prof. Dr. Rainer Ortleb – Obmann –

stellvertretendes Mitglied:

Sabine Leutheusser-Schnarrenberger
(seit 8. Februar 1996)
Prof. Dr. Edzard Schmidt-Jortzig
(bis 7. Februar 1996)

PDS:

ordentliches Mitglied:

Prof. Dr. Ludwig Elm – Obmann –

stellvertretendes Mitglied:

Rolf Kutzmutz

Sachverständige:

Prof. Dr. Clemens Burrichter,
Senior Fellow am Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam

Prof. Dr. Bernd Faulenbach,
Forschungsinstitut für Arbeiterbildung und Fakultät für Geschichtswissenschaft der Ruhruniversität Bochum

Dr. h. c. Karl Wilhelm Fricke,
Publizist, ehemaliger Leiter der Ost-West-Abteilung des Deutschlandfunks Köln

Martin Gutzeit,
Theologe, Landesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR Berlin

Dirk Hansen (bis 31. Dezember 1995),
Vizepräsident der Bundeszentrale für politische Bildung Bonn

Prof. Dr. Peter M. Huber,
Lehrstuhl für Staats- und Verwaltungsrecht, Öffentliches Wirtschafts- und Umweltrecht in der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Friedrich-Schiller-Universität Jena

Prof. em. Dr. Dr. h. c. Hans-Adolf Jacobsen (seit 1. Januar 1996),
Seminar für politische Wissenschaften der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn

Ilko-Sascha Kowalczyk,
Historiker, Berlin

Prof. Dr. Peter Maser,
Westfälische Wilhelms-Universität Münster, Evangelisch-Theologische Fakultät, Ostkirchen-Institut

Prof. Dr. Reinhard Mocek,
Wissenschaftstheoretiker, Institut für Wissenschafts- und Technikforschung der Universität Bielefeld, Berlin

Dr. Patrick Moreau,
Politikwissenschaftler, Centre National de la Recherche Scientifique Paris, München

Prof. em. Dr. Hermann Weber,
Leiter des Forschungsschwerpunktes DDR-Geschichte an der Universität Mannheim

Prof. Dr. Manfred Wilke,
Fachhochschule für Wirtschaft Berlin, „Forschungsverbund SED-Staat“ der Freien Universität Berlin

IV. Verzeichnis der Mitarbeiter im Kommissionssekretariat und der wissenschaftlichen Mitarbeiter der und für die Fraktionen und Gruppe

1. Mitarbeiter im Kommissionssekretariat

Rolf Eising, Leiter des Sekretariats

Dr. Marlies Jansen,
stellvertretende Leiterin des Sekretariats

Thomas Ammer, wissenschaftlicher Mitarbeiter

Dr. Bernard Bode,
wissenschaftlicher Mitarbeiter (bis 31. Mai 1996)

Dr. Martin Georg Goerner,
wissenschaftlicher Mitarbeiter (ab 15. April 1996)

Frank Grußendorf,
wissenschaftlicher Mitarbeiter (ab 27. September 1995)

Dr. Bernhard Marquardt,
wissenschaftlicher Mitarbeiter

Michael Reinold,
wissenschaftlicher Mitarbeiter (ab 1. Mai 1996)

Eugen-Georg Schwarz,
wissenschaftlicher Mitarbeiter (bis 30. April 1996)

Ernst-Ferdinand Wilmsmann,
wissenschaftlicher Mitarbeiter (bis 20. September 1995)

Jürgen Wiesner, Sachbearbeiter

Ingrid Manns, 1. Kommissionssekretärin

Monika Rieke, 2. Kommissionssekretärin

weitere Sekretärinnen (je zeitweise):

Roswitha Hoven

Marita Moosbauer

Anita Reißmann

studentische Hilfskräfte (je zeitweise):

Lucie Barros

Lay Dang

Daniel Halpern

Oksana Litvintchouk

Petra Pieper

Marcus Overmann

Nicole Rademacher

Toni Dello Russo

Tim Schröder

Iris Steiner

Selda Tastan

Oliver van Vorst

2. Wissenschaftliche Mitarbeiter der und für die Fraktionen und Gruppe

| | |
|------------------------|---|
| CDU/CSU: | Prof. Dr. Udo Margedant Dr. Frank Müller Jost Vielhaber |
| SPD: | Dr. Ingrun Drechsler Dr. Johannes Kuppe |
| BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: | Udo Baron |
| F.D.P.: | Dr. Jürgen Frölich Michael Link |
| PDS: | Dr. Dietmar Keller Dr. Angelika Schiffers |

V. Durchführung der Kommissionsarbeit

1. Innere Arbeitsorganisation und Verzeichnis der Berichterstattergruppen

Die Enquete-Kommission hat nach der Konstituierung und der Sommerpause ihre Arbeit mit der 2. Sitzung am 21. September 1995 aufgenommen. Sie hat zunächst die ihr übertragenen Aufgaben konkretisiert und strukturiert und in neun Themenfelder (Darstellung im einzelnen u. Teil B, I–IX) aufgegliedert.

Zu jedem dieser neun Themenfelder hat sie als Untergruppe eine Berichterstattergruppe mit jeweils sieben Mitgliedern eingesetzt, in denen zusätzlich bzw. im Einzelfall auch als Vertreter die Mitarbeiter der und die externen Mitarbeiter für die Fraktionen und die Gruppe mitgewirkt haben.

Die einzelnen Berichterstattergruppen – die Arbeitstitel der Berichterstattergruppen unterscheiden sich manchmal von der endgültigen Formulierung der Themenbereiche in diesem Bericht (u. Teil B, I–IX) – haben aus folgenden Kommissionsmitgliedern bestanden (Stand: Mai 1998; Abg. = Abgeordnete(r), Sv. = Sachverständiger):

1. Bildung, Wissenschaft, Kultur

Abg. Tilo Braune
Sv. Prof. Dr. Clemens Burrichter
Sv. Ilko-Sascha Kowalczuk
Sv. Prof. Dr. Peter Maser (Einberufer)
Sv. Prof. Dr. Reinhard Mocek
Abg. Prof. Dr. Rainer Ortleb
Abg. Johannes Selle

2. Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik

Abg. Dr.-Ing. Rainer Jork
Abg. Werner Kuhn
Abg. Christine Kurzhals (bis 4. Mai 1998†)
Abg. Rolf Kutzmutz
Abg. Prof. Dr. Rainer Ortleb
Abg. Gerd Poppe
Abg. Jörg-Otto Spiller (Einberufer)

3. Das geteilte Deutschland im geteilten Europa

Abg. Dr. Ludwig Elm
Sv. Prof. Dr. Bernd Faulenbach (Einberufer)
Sv. Dr. h. c. Karl Wilhelm Fricke
Abg. Reinhold Hiller (Lübeck)

Sv. Prof. Dr. Dr. h. c. Hans-Adolf Jacobsen
Abg. Gerd Poppe
Sv. Prof. Dr. Manfred Wilke

4. Rechtsstaatliche Aufarbeitung/Opfer der SED-Diktatur/Aktuelle Fragen und Gesetzesvorhaben

Abg. Hartmut Büttner (Schönebeck) (Einberufer)
Abg. Dr. Ludwig Elm
Abg. Iris Gleicke
Sv. Martin Gutzeit
Abg. Gerald Häfner
Sv. Prof. Dr. Peter M. Huber
Abg. Sabine Leutheusser-Schnarrenberger

5. Archive

Abg. Dr. Ludwig Elm
Sv. Prof. Dr. Bernd Faulenbach
Sv. Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Adolf Jacobsen (Einberufer)
Sv. Ilko-Sascha Kowalczuk
Sv. Prof. Dr. Peter Maser
Sv. Prof. Dr. Hermann Weber
Sv. Prof. Dr. Manfred Wilke

6. Gedenkstätten

Abg. Dr. Ludwig Elm
Sv. Prof. Dr. Bernd Faulenbach
Abg. Hartmut Koschyk
Sv. Ilko-Sascha Kowalczuk
Abg. Prof. Dr. Rainer Ortleb
Abg. Siegfried Vergin (Einberufer)
Sv. Prof. Dr. Manfred Wilke

7. Internationale Zusammenarbeit

Abg. Stephan Hilsberg
Abg. Rolf Kutzmutz
Abg. Markus Meckel
Sv. Dr. Patrick Moreau
Abg. Prof. Dr. Rainer Ortleb
Abg. Gerd Poppe
Abg. Reinhard Frh. von Schorlemer (Einberufer)

8. Weiterführung des Prozesses der Aufarbeitung

Abg. Dr. Ludwig Elm
Abg. Gerald Häfner (Einberufer)
Abg. Hartmut Koschyk
Sv. Prof. Dr. Peter Maser
Abg. Markus Meckel
Abg. Prof. Dr. Rainer Ortleb
Sv. Prof. Dr. Hermann Weber

9. Leben in der DDR

Sv. Prof. Dr. Bernd Faulenbach
Abg. Stephan Hilsberg
Sv. Ilko-Sascha Kowalczuk
Sv. Prof. Dr. Peter Maser (Einberufer)
Sv. Prof. Dr. Reinhard Mocek
Sv. Dr. Patrick Moreau
Abg. Prof. Dr. Rainer Ortleb

Die Berichterstattergruppen haben in allen Phasen der Kommissionstätigkeit die wesentliche fachliche Arbeit zu ihrem Themenfeld geleistet. Sie haben die Vergabe von Aufträgen an externe Sachverständige, die Gestaltung des Programms der öffentlichen Kommissionssitzungen sowie die Erarbeitung von Zwischenergebnissen und des Schlußberichts vorbereitet. Ihre „Beschlüsse“ hatten, sofern es nicht lediglich um ihre interne Arbeitsorganisation ging, stets nur den Charakter von Beschlußvorschlägen an die Kommission.

2. Arbeitsweise und Instrumente

Die Enquete-Kommission hat sich – gemäß dem Einsetzungsbeschluß des Bundestages und wie schon die Kommission der 12. Wahlperiode – zur Gewinnung von Erkenntnissen im wesentlichen zweier Instrumente bedient:

Zum einen hat die Kommission insgesamt 117 Gutachten bzw. Expertisen zu 95 verschiedenen Einzelthemen gegen Zahlung eines Honorars von auswärtigen sachverständigen Personen und Institutionen erstellen lassen. Außerdem haben Behörden und andere Einrichtungen des Bundes und einzelner Bundesländer, sachverständige Mitglieder der Kommission und Mitarbeiter des Kommissionssekretariats 43 Berichte für die Kommission angefertigt. Die Aussagen der insgesamt 160 Gutachten, Expertisen und Berichte bilden eine der Grundlagen für die Feststellungen, Bewertungen und Folgerungen der Kommission und haben insoweit Eingang auch in diesen Schlußbericht gefun-

den. Ausdrücklich gekennzeichnet sind allerdings nur für wesentlich gehaltene oder wörtlich wiedergegebene Aussagen.

Zum anderen hat die Kommission in zahlreichen ihrer Sitzungen insgesamt 292 Politiker, auswärtige Sachverständige und Zeitzeugen angehört und mit ihnen diskutiert. Den Inhalt der Vorträge einschließlich begleitenden schriftlichen Materials, der Rede- und Diskussionsbeiträge hat die Kommission für diesen Schlußbericht in gleicher Weise berücksichtigt wie die Gutachten, Expertisen und Berichte.

Die Kommission hat sich bei ihrer Arbeit nicht nur die Erstellung dieses Schlußberichts zum Ziel gesetzt, sondern auch die Weiterführung des Prozesses der Aufarbeitung der SED-Diktatur selbst als eines gesamtgesellschaftlichen Prozesses im öffentlichen Dialog als ihre Aufgabe angesehen.

3. Kommissionssitzungen

Die (Gesamt-)Kommission hat insgesamt 53 Sitzungen durchgeführt.

Die Anhörungen von Politikern, auswärtigen Sachverständigen und Zeitzeugen haben im wesentlichen in den 24 öffentlichen Sitzungen und einer teilweise öffentlichen Sitzung stattgefunden. Orte dieser Sitzungen waren überwiegend Berlin sowie Bonn, Buchenwald, Dresden, Eisenhüttenstadt, Halle, Magdeburg und Schwerin.

Drei dieser Sitzungen – in Berlin – hat die Kommission in besonderer Weise gestaltet:

Bundespräsident Prof. Dr. Roman Herzog und der ehemalige Außenminister der Republik Polen Prof. Dr. Wladyslaw Bartoszewski haben vor und mit der Kommission am 26. März 1996 öffentlich das Thema „Wege ins Offene – Erfahrungen und Lehren aus den Diktaturen des 20. Jahrhunderts“ erörtert.

Aus Anlaß des 35. Jahrestages des Baus der Berliner Mauer hat die Kommission am 13. August 1996 öffentlich der verstorbenen und lebenden Opfer der ehemaligen innerdeutschen Grenze gedacht. Zuvor waren am Peter-Fechter-Mahmal gemeinsam Kränze des Deutschen Bundestages und des Landes Berlin niedergelegt worden.

Schließlich hat die Kommission in einer teilweise öffentlichen Sitzung vom 24. bis zum 26. Januar 1998 das Thema „Herausforderungen und Perspektiven der Vergangenheitsaufarbeitung in Mittel-, Ost- und Südosteuropa“ mit Vertretern aus 14 dieser Staaten erörtert.

4. Erfahrungsaustausch

Die Kommission hat auch über die mit den genannten Sitzungen und auswärtigen Aufenthalten verbundenen Begegnungen hinaus den Kontakt nach außen gepflegt.

4.1 Der Landtag von Mecklenburg-Vorpommern hat als einziges Landesparlament zu diesem Themenkomplex eine Enquete-Kommission – mit dem Titel „Leben in der DDR, Leben nach 1989 – Aufarbeitung und Versöhnung“ – eingesetzt, die von 1995 bis 1997 gearbeitet hat. Zum Zwecke des Erfahrungsaustauschs und der (trotz unterschiedlicher Ansätze) Vermittlung von Anregungen haben die Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden beider Kommissionen – in Mecklenburg-Vorpommern die beiden gleichberechtigten Vorsitzenden Landtagspräsident Rainer Prachtl und 1. Landtagsvizepräsident Dr. Manfred Reißmann – mehrere Gespräche in Bonn und Schwerin geführt. Auch haben Mitglieder wechselseitig an Sitzungen der anderen Kommission teilgenommen.

4.2 Auf Einladung der Enquete-Kommission hat sich vom 6. bis zum 8. März 1996 eine Delegation einer Untersuchungskommission des Abgeordnetenhauses der Tschechischen Republik zur Aufklärung von Unrechtsakten des kommunistischen Regimes unter Leitung ihres Vorsitzenden Pavel Tollner in Bonn aufgehalten. Mit dem Ziel des Austauschs von Erfahrungen und der Erkundung von Möglichkeiten künftiger Zusammenarbeit sind insbesondere Fragen der Öffnung von Akten des Geheimdienstes und aus anderen Archiven, der Rekrutierung von Eliten in einer postkommunistischen Gesellschaft sowie der Abstimmung bei der Darstellung der jüngeren Geschichte in den Schulbüchern erörtert worden. Die Kontakte konnten auf dieser Ebene nicht weitergeführt werden, da die tschechische Kommission ihre Arbeit nach den Parlamentswahlen im Mai 1996 nicht fortsetzte.

4.3 Darüber hinaus haben Vertreter der Kommission eine Reihe weiterer Gespräche mit Gästen aus Mittel-, Ost- und Südosteuropa zu Fragen der Aufarbeitung diktatorischer Vergangenheit geführt, unter anderem im September 1996 mit einer Delegation damaliger Oppositioneller aus Rumänien unter Leitung des heutigen Staatspräsidenten Prof. Dr. Emil Constantinescu.

Einen für Juni 1998 vereinbarten Besuch einer Delegation der Wahrheits- und Versöhnungskommission der Republik Südafrika in Deutschland hat ihr amtierender Vorsitzender unter Berufung auf ihre hohe Arbeitsbelastung abgesagt.

4.4 Einzelne Kommissionsmitglieder haben Dienstreisen in Staaten Mittel-, Ost- und Südosteuropas sowie in die Niederlande und die Schweiz durchgeführt.

5. Zwischenbericht, Publikationen

Die Kommission hat in ihrer 37. Sitzung am 25. September 1997 einstimmig bei einer Stimmenthaltung einen Zwischenbericht als Teilbericht zu dem Thema „Errichtung einer selbständigen Bundesstiftung des öffentlichen Rechts zur Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ beschlossen und dem Bundestag vorgelegt (Bundestagsdrucksache 13/8700). Die darin enthaltene Empfehlung zur baldigen Errichtung einer solchen Stiftung haben alle Fraktionen in einem gemeinsamen Gesetzentwurf vom 11. Februar 1998 (Bundestagsdrucksache 13/9870) aufgegriffen, den der Deutsche Bundestag in leicht veränderter Fassung in seiner 227. Sitzung am 2. April 1998 mit den Stimmen von CDU/CSU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P. gegen eine Stimme aus der PDS bei Stimmenthaltung der PDS im übrigen angenommen hat (Plenarprotokoll 13/20876 – 13/20884; s. auch u. Teil B VIII). Den Zwischenbericht der Kommission selbst hat der Bundestag in der gleichen Sitzung einvernehmlich zur Kenntnis genommen.

Zur Information der interessierten Öffentlichkeit ist je eine Broschüre mit den Reden bei der Gedenkveranstaltung am 13. August 1996 sowie mit Informationen über den Arbeitsauftrag und die Mitglieder der Kommission erstellt und verteilt worden. Gezielt an die Betroffenen der SED-Diktatur und die mit ihrer Aufarbeitung befaßten Personen und Institutionen wendet sich eine Dokumentation mit dem Titel „Aufarbeitungsinitiativen und Opfergruppen – Beratung und Hilfe bei der Bewältigung der Folgen der SED-Diktatur“ in der Reihe „Zur Sache“.

Der Deutsche Bundestag wird die Materialien – Dokumentation der parlamentarischen Unterlagen und Debatten; Gutachten, Expertisen und Berichte; Wortprotokolle der öffentlichen Sitzungen – der Enquete-Kommission wiederum veröffentlichen.

6. Verfahren des Schlußberichts

Der Text dieses Schlußberichts beruht auf den Vorlagen der einzelnen Berichterstattergruppen, die durch eine Sondergruppe – bestehend aus dem Vorsitzenden bzw. dem stellvertretenden Vorsitzenden und vier sachverständigen Mitgliedern – nochmals redaktionell überarbeitet worden sind. Die Sondervoten und Stellungnahmen dazu geben die Meinung der jeweils genannten bzw. bezeichneten – ordentlichen und stellvertretenden – Kommissionsmitglieder wieder.

Die Kommission hat in ihrer 51., 52. und 53. Sitzung am 23. April, 28. Mai und 3. Juni 1998 die einzelnen Teile des Schlußberichts erörtert. Sie hat die Teile A, B IV, B V 1–3 und 4.3–4.10, B VI, B VII, B VIII, C und D einstimmig beschlossen. Sie hat den Teil B I einstimmig bei einer Enthaltung beschlossen. Sie hat die Teile B II, B V 4.1 und 4.2 sowie B IX 2.5.3 mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. sowie der

Sachverständigen Fricke, Huber, Jacobsen, Maser, Moreau und Wilke gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Sachverständigen Burrichter, Faulenbach und Kowalczuk bei Abwesenheit der Sachverständigen Gutzeit und Weber beschlossen. Sie hat die Teile B III und B IX ohne 2.5.3 mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P. sowie der Sachverständigen Fricke, Huber, Jacobsen, Kowalczuk, Maser, Moreau und Wilke gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion der SPD sowie der Sachverständigen Burrichter und Faulenbach bei Abwesenheit der Sachverständigen Gutzeit und Weber beschlossen.

Die Mitglieder der Gruppe der PDS (ohne Stimmrecht) haben erklärt, daß sie ihre abweichende Meinung zum Schlußbericht ausdrücklich in ihren Sondervoten zu verschiedenen Einzelteilen niedergelegt hätten. Auch denjenigen Teilen, zu denen sie keine Sondervoten abgegeben haben, könnten sie inhaltlich nicht zustimmen.

Die Kommission hat den Schlußbericht in ihrer 53. Sitzung am 3. Juni 1998 abschließend beraten. Sie hat einvernehmlich die Sondervoten und Stellungnahmen dazu als Bestandteile des Schlußberichts festgestellt. Sie hat den Schlußbericht insgesamt einstimmig bei einer Enthaltung beschlossen.